



## **Wiener: „Wir brauchen einen EU-weiten Rechtsrahmen für Bodenschutz“**

EU-Parlament verabschiedet Resolution für EU-weit geltenden Bodenschutz

Heute haben die Mitglieder des Umweltausschusses im EU-Parlament eine Resolution für Bodenschutz verabschiedet. Die EU-Abgeordnete Sarah Wiener, die für die österreichischen Grünen im Umweltausschuss sitzt, begrüßt den Beschluss: *„Endlich wird dem Schutz des Bodens mehr Aufmerksamkeit geschenkt, ist er doch die Säule unseres gesamten Nahrungsmittelsystems. Wir leben auf und von ihm. In den vergangenen Jahrzehnten wurde er nicht nur stiefmütterlich behandelt, sondern ausgebeutet von der industriellen Landwirtschaft, durch einen viel zu hohen Einsatz an Pestiziden, mineralischen Düngemitteln und der Massentierhaltung.“*

Anfang der 2000er Jahre haben einige wenige Mitgliedsstaaten einen EU-weit geltenden Rechtsrahmen zum Bodenschutz noch verhindert. Die verabschiedete Resolution fordert nun erneut, endlich einen EU-weiten Rechtsrahmen für den Schutz der Böden voran zu bringen. Eine EU, die zwar Regelungen zum Schutz von Wasser und Luft, aber keine für den Boden hat, ist nicht mehr zeitgemäß. Sarah Wiener: *„Was wir brauchen ist die Einbindung des Bodenschutzes in die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP). Humusaufbauende und –bodenschonende Anbaumethoden wie Ökolandbau, Permakultur und Agroforst müssen zum Goldstandard und besonders gefördert, Mineraldünger hingegen höher besteuert werden. Und nicht zuletzt müssen wir eine Diskussion über die Bedeutung unseres Bodens beginnen, der heutzutage vielfach als Investitionsobjekt betrachtet oder gedankenlos für immer mehr Gewerbe- und Verkehrsflächen versiegelt wird. Boden und Land aber sind viel mehr als das, der Boden ist unsere Lebensgrundlage – ohne Boden keine Nahrung.“*

Weitere zentrale Forderungen, der heute verabschiedeten Bodenschutz-Resolution sind: Eine strengere Durchsetzung der Standards für gute Tierhaltung und der Nitratrichtlinie, die Überarbeitung der Umwelthaftungsrichtlinie zur Stärkung ihrer Bestimmungen über kontaminierte Standorte und die Verpflichtung der Mitgliedstaaten, alle fünf Jahre öffentliche Berichte über den Bodenzustand zu erstellen. Im April soll über die Bodenschutz-Resolution im Plenum abgestimmt werden.

### **Rückfragehinweis:**

Sarah Rogaunig/Pressesprecherin Sarah Wiener, MEP  
 sarahmartina.rogaunig@la.europarl.europa.eu  
 +43 664 34 10 821